

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dreieckschrift: Nachrichten Dresden
Bemerkenswerte Nummer: 25 241
Preis für Nachdrucke: 20 Pfennig

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Juni 1928 bei täglich zweimaliger Ausstellung frei Haus 1.70 Mark.
Postbezugspreis für Monat Juni 3.40 Mark ohne Postabholungsgebühr.
Sagelnummer 10 Pfennig.

Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Seite
85 Pf., für auswärtig 90 Pf., Familienanzeigen und Stellenanzeige ohne Rabatt
15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 30 mm breite Seitenzeile 10 Pf., außerhalb
250 Pf., Übertragungsgebühr 10 Pf. Ausdrucksliche Nutzungen gegen Vorwurfeziehung.

Schriftleitung und Geschäftsführer:
Karlstraße 33/42
Druck und Verlag von Siegel & Reichardt in Dresden
Postleitzahl-Konto 1068 Dresden

Rathaus nur mit deutlicher Quellenangabe ("Dresdner Nachrichten") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht ausbewahlt.

Auf dem Höhepunkt der Krise.

Verbissenes Ringen zwischen Sozialisten und Volkspartei um die Große Koalition in Preußen. — Stresemann um Vermittlung bemüht.

Gräßnimm die Wahl zum 3. Vizepräsidenten an!

Berlin, 15. Juni. Der Reichstag, der heute um 3 Uhr zusammentritt, wird sich lediglich mit den verschiedenen Amnestieanträgen zu beschäftigen haben. Diese Anträge werden nach ihrer Begründung durch die Antragsteller den aufständigen Ausschüssen überwiesen werden, worauf sich der Reichstag auf unbestimmte Zeit, d. h. bis nach der Bildung einer Regierung, vertagen wird. Eine nochmals Wahl des dritten Vizepräsidenten ist nicht notwendig, da der Abg. Gräß (D.A.) sich inzwischen entschlossen hat, die Wahl anzunehmen.

Die gestern ins Stöcken geratenen Verhandlungen über die Regierungsbildung werden heute fortgesetzt werden, doch dürfte sich am Vormittag nichts Entscheidendes ereignen, da alle Fraktionen, mit Ausnahme des Zentrums, erst nach der Plenarsitzung zusammen treten. Die größte Bedeutung wird natürlich der Sitzung der Deutschen Volkspartei bei gelegt, von der man in parlamentarischen Kreisen erwartet, daß sie

eine entscheidende Wendung in der Frage der Regierungsbildung

bringen wird. An ihrer Sitzung werden hervorragende Persönlichkeiten der Volkspartei teilnehmen, die sich bisher noch nicht aktiv an den Verhandlungen beteiligen konnten. Da alle in Betracht kommenden Parteien des Reichstags und des Preußischen Landtags nach ihren eigenen Erklärungen bereit sind, der Deutschen Volkspartei eine inzwischen Sicherungen für eine Erweiterung der Regierungsbasis auch in Preußen zu geben, so hofft man in parlamentarischen Kreisen, daß die Deutsche Volkspartei ihren geistigen Abschluß einer Überprüfung unterziehen wird.

Unsere Berliner Schriftleitung meldet dazu ergänzend:

Die Verkettung in den Verhandlungen über die Regierungsbildung hält noch unvermindert an.

Der präsentierte Reichskanzler Hermann Müller-Franken hatte heute lediglich eine kurze Besprechung mit dem Abgeordneten Guérard. An Fraktionsitzungen fand heute lediglich eine solche des Zentrums statt, über deren Ergebnis bisher eine Mitteilung noch nicht vorliegt. Die weiteren Fraktionsitzungen und Verhandlungen werden erst im Laufe des heutigen Nachmittags vor sich gehen. Wie es heißt, hatte inzwischen Dr. Stresemann, der sich, wie gemeldet, bekanntlich für eine Große Koalition einsetzt und die Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, daß ein großer Teil der Deutschen Volkspartei an der Förderung auch in Preußen die Große Koalition zu schaffen, bezeichnet will, eine Unterredung mit dem Fraktionsvorsitzenden der volksparteilichen Reichstagsfraktion, Abg. Scholz, in der er diesem seine Auffassung derlegte und ihn bat, sie auch der Reichstagsfraktion zu übermitteln. Die Meldung, daß der Reichsausßenminister Dr. Stresemann selbst in der volksparteilichen Reichstagsfraktion erscheinen werde, um dort seine Ansicht darzulegen, eilt den Tatsachen voraus. Bis jetzt ist noch nichts davon bekannt, daß Dr. Stresemann eine solche Absicht hätte. Der Reichspräsident Hindenburg wird natürlich über den Stand der Dinge fortlaufend unterrichtet. Er wartet vorläufig die weitere Entwicklung ab.

Das Reichstagspräsidium bei Hindenburg.

Berlin, 15. Juni. Das neu gewählte Präsidium des Reichstages, die Abgeordneten Löbe, Esser, v. Kardorff und Gräß (Thüringen), stellten heute vormittag dem Reichspräsidenten einen Besuch ab. Präsident Löbe berichtete über die gestrigen Wahlen und stellte das Präsidium in seiner neuen Form vor. Der Reichspräsident gab seiner Meinung darüber Ausdruck, daß der bisherige Reichstagspräsident auch weiter die Leitung des Reichstages inne habe, bestätigte die anderen Herren und sprach seine guten Wünsche für den Fortgang der Arbeiten des Reichstages aus.

Nachklänge zur Präsidentenwahl.

Berlin, 15. Juni. Die Niederlage, die gestern die Deutschen Nationalen bei der Wahl der Vizepräsidenten erlitten haben, wird in der Linkspresse, wie zu erwarten war, mit höhnischen Glosierungen versehen. Wenn dabei der "Vormärz" in seiner Geschmacklosigkeit so weit geht, daß er schreibt, Herr Gräß hätte sich während der Zeit, da im Plenum um die Vizepräsidentenposten gekämpft wurde, auf dem Klosett aufgehalten und dort seinen Kopf unter die Wasserleitung gestellt, so weiß man, was man von einer solchen "Kritik" zu halten hat. Beklemmlicher muß es dagegen wirken, wenn auch der Deutschen Nationalen Volkspartei selbst nahestehende Blätter es für angebracht halten, an dem Verhalten der deutschnationalen Fraktion, das ja, wie niemand bestreiten wird, wenngleich war, eine vielschade über das Ziel hinausreichende Kritik zu üben. Das ist zu dem für das Ansehen der Deutschen Nationalen Volkspartei unerträlichen Abstimmungsergebnis kam, ist eine Folge der ernsten Führerkrise, die zurzeit die Partei durchzumachen hat. So lange

diese Krise der Führung ihren Abschluß nicht gefunden hat, wäre es zweitmäßig, die Kritik an Scholz, die begangen werden, weil eine auf bestimmte Ziele hinwirkende Leitung erst bestellt werden soll, nicht zu übertreiben, da dadurch nur das Spiel der Linken gefördert wird.

Deutschnationaler Antwort auf französische Taktillosigkeit.

(Dramatization unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 15. Juni. Schon vor dem Kriege waren internationale parlamentarische Handelskonferenzen alljährlich abgehalten worden, um die Bedürfnisse des Weltmarktes zu besprechen. Der Weltkrieg unterbrach die Abhaltung dieser Konferenzen. Vor drei Jahren beschloß der Deutsche Reichstag, sich wieder an den Konferenzen zu beteiligen, auf denen 44 Parlamente der verschiedenen Länder der Welt vertreten sind. Erstmalig nach dem Kriege nahmen die deutschen Parlamentsvertreter im Jahre 1926 an der Handelskonferenz in London, im Jahre darauf an der in Rio de Janeiro teil. Für dieses Jahr war als Tagungsort Paris bestimmt worden. Die französische Regierung hat den Tagungsort neuerdings nach Versailles verlegt, wo die Konferenz am 10. Junt ihre erste Tagung abhalten wird. Als deutsche Parlamentarier nahmen an den beiden letzten Tagungen von den Deutschnationalen die Abgeordneten Dr. Bejune-Zund, von der Deutschen Volkspartei der Abgeordnete Hauer, vom Zentrum der Abgeordnete Brüning, von den Demokraten der Abgeordnete Meyer (Berlin) und von den Sozialdemokraten der Abgeordnete Hillerding teil. Da die französische Regierung den Tagungsort eigenmächtig von Paris nach Versailles und dort ausgerechnet in den Spiegelsaal des Schlosses verlegt hat, in dem man Deutschland 1919 das Friedensdiktat aufzwang, da ferner die deutsche Delegation für die Handelskonferenz in denselben Räumen des Hotels untergebracht werden soll, in denen seinerzeit die deutschen Unterhändler wohnen mussten, so es für die Deutschnationalen, wie dies in einer parteilichen Auslösung festgestellt wird, aus Gründen nationaler Würde zur Unmöglichkeit geworden, sich, wie in den Vorjahren, bei dieser Konferenz durch einen Abgeordneten vertreten zu lassen. Die deutschnationalen Reichstagsfraktion hat daher auf die Anfrage, ob sie wieder an der Konferenz teilnehmen gedenke, dem Reichstagspräsidenten Löbe verneindig geantwortet.

Spektakelversammlungen?

Ein Beitrag zur nordischleswigschen Frage.

War es schon schlimm, daß Dänemark von Anfang an nicht wußte, was es für Verpflichtungen gegen die Bevölkerung mit der Übernahme Nordschleswigs auf sich nahm und wie es diesen Verpflichtungen nachkommen wollte, so ist es noch viel schlimmer, daß bis auf den heutigen Tag dafür in vielen reichsdänischen Kreisen das Auge fehlt. Nichts ist beispielsohne schwieriger, als wenn von dieser Seite die zahlreichen Not- und Protestversammlungen, die jetzt in Nordschleswig stattfinden, als Spektakelversammlungen bezeichnet werden. Der Nordschleswiger ist im Kampf um das, was er seine Interessen nennt, von einer großen Müdigkeitlosigkeit und in seinen Kampfmitteln durchaus nicht währlich. Wir Deutsche haben das früher oft genug erfahren. Aber ein bloßer Spektakelmacher ist er nicht.

Nach Spektakelmachen ist ihm auch nicht zumute, wenn er sieht, wie ihm der Besitz unter den Händen weggleitet, auf dem seine Vorfahren Geschlechter hindurch gesessen haben, wenn er ziemlich genau berechnen kann, wann sein Hof der Zwangsversteigerung verfällt, und wenn er kein Mittel sieht, das drohende Verbündnis abzuwenden, sofern der Staat sich nicht entschließt, durch eine große Kredithilfe zu erträglichen Zinsen zur Hilfe zu kommen oder den Nordschleswigen die Schulden abzunehmen, die sie dadurch befafmen, daß sie Geld zum niedrigen Kursstande der Krone leihen und zu hohem Kursstande zurückzahlen müssten. Manch einer hat 60 v. H. und mehr aufzuzahlen müssen, als er empfing.

Der Reichsdäne, der nicht nötig hatte, in der Zeit der Krontakatastrophe Geld zu leihen und der es nun nicht zum hohen Kronenkurste zurückzuzahlen braucht, wird von der Not Nordschleswigs nicht betroffen. Er klagt freilich auch, daß seine Waren auf dem Weltmarkt schwerer loszuwerden sind und nicht mehr die gewohnten hohen Preise erzielen, aber diese Not trifft den Nordschleswiger ebenso, und die oben gekennzeichnete kommt hinzu. Es ist darum von reichsdänischer Seite sehr wohlseit, den Nordschleswigen zu sagen, wenn sie nur erst ihre Betriebe nach dänischer Weise umgestellt und dann ein paar gute Ernten hinter sich hätten, dann wäre es auch mit der Not vorbei. Dass sie ihre Betriebe nach dänischer Weise einzustellen genötigt waren, das hat die Nordschleswiger in die Schulden hineingebracht, die sie nun von den Höfen treiben. Und gute Ernten helfen ihnen nicht, wenn sie nicht wissen, wo sie den Ertrag der Ernte zu guten Preisen absetzen können. Und die Höfe, deren Besitzer noch ein jahrelanges Warten vertragen können, sind zu zählen, selbst wenn Zwangsversteigerungen einstweilen aufgeschoben werden, wenn das menschenmöglich ist.

Spektakelversammlungen sind es nicht, die jetzt in Nordschleswig an der Tagesordnung sind, und des Spektakels halber regnet es keine Unterschriften für die Forderungen der Nordschleswiger. Wenn diese Unterschriften schon doppelt so zahlreich sind, wie die Zahl der im Jahre 1924 für Deutschland abgegebenen Stimmen, so beweist das am besten, daß die Bewegung nicht lediglich von einigen deutschen Spektakelmachern ausgeht. Denen hätten sich auch die dänischen Nordschleswiger nicht angegeschlossen. Auch die Forderung einer Grenzverlegung oder einer Anschließung Nordschleswigs an

Opel baut ein neues Raketenflugzeug.

Die Verbindung mit Raab-Kakenstein gelöst.

Berlin, 15. Juni. Von der Firma Opel (Mülheim) wird mitgeteilt: Die in den letzten Tagen durch die Presse gegangenen Meldungen über den Raketenflug stimmen, wie wir nochmals erklären wollen, nicht mit den Tatsachen überein. Anfang des Jahres ist zwischen der Firma Opel und dem Raab-Kakenstein-Werk in Kassel ein Vertrag über die Lieferung eines für Raketenarten brauchbaren Flugzeuges abgeschlossen worden. Dieses Abkommen wurde bereits vor mehreren Wochen seitens der Firma Opel wegen dauernder vertragswidriger Veröffentlichungen des Piloten Raab gelöst, so daß Raab außerstande ist, den Opelischen Raketenflug durchzuführen. Außerdem hat sich bei Versuchen an Modellen gezeigt, daß Flugzeuge vom sogenannten Entwicklungsstadium wegen der hohen Beschleunigungsbrüche und mangelnder Eigenstabilität nicht in Betrieb kommen. Die Firma Opel entwickelt deshalb, um die größtmögliche Flugsicherheit zu gewährleisten, in einem norddeutschen Flugzeugwerk

einen neuen Spezialraketenstyp.

bei dem alle in der Zwischenzeit gesammelten Erfahrungen verwertet sind. Mit einem Start dieses Flugzeuges ist vor Mitte Juli nicht zu rechnen. Das erste große Schaufliegen mit einem Opelischen Raketenflugzeug soll in Berlin oder in Köln bei der Presse stattfinden.

Auch Potsdam will die Ozeansieger feiern.

Berlin, 15. Juni. Die Stadt Potsdam beabsichtigt ebenfalls, den deutschen Ozeansiegern einen feierlichen Empfang zu bereiten, und zwar werden Köhl, Ohnesdorf und Eichmauer am Sonntag, dem 1. Juli, nachdem die Berliner Empfangsfeierlichkeiten ihren Abschluß gefunden haben, Gäste der Stadt sein. Das Programm ist zwar noch nicht in allen Einzelheiten festgestellt, es ist aber in Aussicht genommen, die Ozeansieger in einem Motorboot, das von einem großen Geschwader von Segel- und Motorbooten begleitet wird, nach dem Lufschiffshafen am Templiner See zu bringen. Hier werden der Oberbürgermeister und die Söhne der Stadt die Sieger begrüßen. Außerdem sollen dort zu ihren Ehren sportliche Veranstaltungen stattfinden. Ein Festessen in kleinerem Kreise wird sich den Emp-

fangfeierlichkeiten anschließen. Für den Nachmittag plant die neue Segelfliegerschule Golßen gleichfalls eine Begrüßung der Ozeansieger.

*
Paris, 15. Juni. Am Donnerstag stürzte bei einem Neubeginn fliegen bei Meudon ein Militärsieger ab und wurde getötet.

Großfeuer im Bergwerk.

Kassel, 15. Juni. Die Gewerkschaft Frienendorf, die größte Ziege der hessischen Braunkohlenindustrie, wurde gestern von einem verheerenden Brande heimgesucht. Wahrscheinlich durch Selbstzündung geriet morgens die Braunkohlenlager in Brand. Aufgrund des herriechenden Sturmes dehnte sich der Brandherd in kurzer Zeit auf 250 bis 350 Meter Länge und 28 Meter Höhe aus. Trotz Einschluß aller verfügbaren Löschmannschaften der Gewerkschaft war man dem wütenden Element gegenüber machtlos. Abends um 11 Uhr rückte die Kasseler Feuerwehr zur Bekämpfung des Feuers aus. Trotz aller Bemühungen der Wehren gewann das Feuer zunächst noch an Ausdehnung. Heute früh um 7 Uhr bekam die Feuerwehr den Brand endlich in ihre Gewalt. Die Röhlösch- und Aufräumungsarbeiten werden noch den ganzen heutigen Tag andauern. Das Feuer ist eines der schwersten, das bisher eine Ziege betroffen hat. Etwa 1000 Tonnen Kohle und wertvolles Grubengerät wurden vernichtet. Der Schaden ist sehr beträchtlich. Ob das Feuer Betriebs einschränkungen zur Folge haben wird, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen.

Neun Menschen irrfärmlich hingerichtet.

Mexiko, 15. Juni. Der Bürgermeister und acht städtische Beamte von Quila (Stadt Oaxaca) wurden vor einigen Tagen von den Militärbehörden hingerichtet, nachdem die telegraphische Weisung erhalten hatten, die angeblich von Kriegsamt und vom Präsidenten Galles stammten. Es zeigt sich, daß keine derartigen Weisungen ergangen waren und daß das Telegramm eine von den politischen Gegnern des Bürgermeisters stammende Fälschung war. Der Offizier, der die Exekution befehligt hat und andere in dem Verdacht der Beteiligung an dem Komplott stehende Personen sind verhaftet worden.